

Die Studentenzeitung der Berliner Humboldt-Uni

UnAUFGEFORDERT 24

50 Pfennig

Für Nichtstudenten 100% Aufschlag

Am Zeitungskiosk für alle 70 Pf.

15. Mai 1991



Zwischen April und Juni

Zwischenwelt beerbt Festival des politischen Liedes

Vor genau einem Jahr fand an mehreren Ostberliner Veranstaltungsorten das letzte Festival des politischen Liedes statt, auch das Ende der DDR war besiegelt. Kein Besucher, zumindest der letzten Veranstaltung, konnte sich eines Gefühls der Nostalgie erwehren, eine Art Tanz auf dem Vulkan oder eher auf der Titanik. Seit dieser Zeit ist das Gejammer und Geheule über die "Vorzüge der DDR" oder die "guten Seiten", die verloren gingen, nicht mehr abgebrochen. Wer ehrlich zu sich selber ist, findet keine (Ich höre schon: "Aber die Kindergärten." oder "Und die guten zwischenmenschlichen Beziehungen?"). Wer aber der Meinung ist, daß da wirklich erhaltenswerte Dinge oder Zustände in der DDR gewesen wären, dem ist jetzt bewiesen, daß es möglich ist, etwas für den Erhalt dieser Sachen zu tun.

Eine Gruppe von Leuten, denen das obengenannte Festival nicht nur ein Aushängeschild zensurierender Kulturpolitik und einseitiger Agitation, sondern auch einzigartiger Platz für Interessantes aus der internationalen Musikszene sowie Möglichkeit für die Begegnung verschiedener Kulturen war, haben sich zu einem "Förderverein für ein progressives Kulturfestival Berlin, e. V." zusammengeschlossen, um eben diese positiven Möglichkeiten eines internationalen Musikfestivals für Berlin zu bewahren. Das Resultat konnte man jetzt vom 8. bis 12. Mai hören und besichtigen. Comedia Mundi aus Frankreich, After (Mein ansonsten hochgeschätzter

Kollege versteift sich darauf, daß dieses "After" durch einen Übermittlungsfehler entstanden wäre) Latin Quarter (GB), der Bruder von Keith Jarrett (Chris?), die Ostberliner Skeptiker, eine Menge anderer Bands und Musiker, eine Menge Filme und Diskussionen sollten nach Willen der Veranstalter Probleme zwischen Ost und West, Nord und Süd, zwischen Mann und Frau, zwischen Kindern und Erwachsenen ins Bewußtsein rufen.

Zu den berechtigten Zweifeln stellt sich ein sogenannter PDS-Effekt ein, der eine gewisse Bewunderung für den Mut, ein unangenehmes Erbe auf sich zu nehmen, beinhaltet.

Finanziert haben die Veranstalter ihr Projekt durch Sponsoren, Werbeeinnahmen, Standgebühren, Kartenverkauf und natürlich Spenden.

Leider kann an dieser Stelle noch keine Rezension des Festivals erfolgen. Wichtiger als das Ergebnis dieses Festivals ist sicher der grundsätzliche Nachweis, daß man jedenfalls nicht das kleine vom Westen überrollte DDR-Bürgerchen spielen muß, sondern mit Einsatz und Ideen aktiv werden kann, von mir aus auch für die Vorzüge der DDR.

Sicher ist Geld für Musik besser ausgegeben als für Atomwaffen, Autos oder FCKW-Sprays. Trotzdem kann nachgefragt werden, ob der StuRa die 1000,- DM, die er dem Festival beisteuerte, nicht für Projekte der HUB-Studenten, wie z. B. den Kinderladen besser angelegt hätte, als für ein DDR-Nostalgie-Musik-Festival. F.

EDITORIAL

Wegen Überfüllung der folgenden Seiten fällt das Editorial diesmal aus. So 'was ist ja ohnehin meist ein (mehr oder minder) blanker Spiegel der Eitelkeit der jeweiligen Chefs. **die Chefs**

Der Kalender bis zur nächsten Nummer

Termine, akademische

Osteuropa-Institut (FU), Garystr. 55
15. Mai (18.00): Dr. Kathrin Sitzler-Vondung (München): "Systemwechsel in Ungarn. Von der Transformations- zur Stabilisierungsphase."

22. Mai (18.00): Dr. Rainer Riedel (PH Dresden): "Der Übergang von der marxistisch-leninistischen zur freiheitlich-demokratischen Bildungspolitik in Ungarn"

29. Mai (18.00): Prof. Dr. Georg Brunner (Köln): "Die Entstehung des demokratischen Verfassungsstaates in Ungarn".

TU, Franklinstr. 28-29

15. Mai (16.00): Prof. Dr. W. Ripl (TU): "Wieviel Planung braucht die Ökologie?"

J.-F. Kennedy-Institut, Lansstr. 5-9

27. Mai (17.30): Dr. Martin Nettesheim (FU): "Protektionistische Schutzinstrumente des U.S.-Außenwirtschaftsrechts"

Institut für Physiologie Dahlem,

Arnimallee 23

21.5 - 2.6.: Ausstellung "DER WERT des MENSCHEN - MEDIZIN in DEUTSCHLAND 1918 - 45"

Termine, gekünstelt

Senatssaal HUB

23. Mai (19.00): Hilde Domin liest Gedichte und Prosa

6. Juni (19.00): Günther de Bruyn liest Gedichte und Prosa aus eigenen Werken

Theater- und Probensaal, Fasanenstr. 1 b

23. Mai (19.30): Liederabend der Hochschule für Musik Stockholm

Konzertsaal, Hardenbergstr. 33

24. Mai (20.00): 4. Werkstattkonzert

KHB, Straße 203 Nr. 20, Foyer
bis 17. Mai: Studentischer Wettbewerb zur architektonischen Neugestaltung des U-Bahnbetriebsgeländes Britz-Süd.

ab 30. Mai: Ausstellung anlässlich des Bundestreffens "Forum Typographie"



Impressum

UNAUFGEFORDERT Die Studentenzeitung der Berliner Humboldt-Universität. Erstmals erschienen am 17. November 1989.

Redaktion: Heiko Fritsch, Falko Hennig (leitende Redakteure); Stefan Deutscher, Bernhard Napiontek (verantwortlich für diese Ausgabe); Markus Böttcher, Thomas Gensch, Andreas Hoppe, Uta Imke, Birgit Kolbe, Matthias Kolbe, Jens Kracheel, Robert Kraft, Susanne Müller, Katrin Neuhaus, Malte Sieber, Uwe Tigör.

Kontakt: postalisch Katrin Neuhaus, Rykestr. 49, Berlin 1055; **Redaktionswohnung** (z.Z. noch:) Prenzlauer Allee 199 (Nähe Dimitroffstr.), Quergebäude, 4 Treppen

Herausgeber: Studentenrat der Humboldt-Uni Berlin, Unter den Linden 6, Berlin 1086, Tel. 2093 2645; **INFObüro:** Hauptgebäude Raum 2016

Redaktionsschluß: 11. Mai 1991.

Satz: wir selbst

Druck: Agit-Druck, Ahornstr. 26, 1-41

Lizenz: (36a) 5077B beim Magistrat von Berlin

gedruckt auf Recycling-Papier

Nachdruck, auch auszugsweise, ist ausdrücklich erwünscht. Wir bitten aber um Quellenangabe und Belegexemplar.

Für alle Fakten besteht das Recht auf Gegendarstellung in angemessenem Umfang. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Kürzel werden nur von Redaktionsmitgliedern verwendet. Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich Ende Mai. Die Redaktionssitzungen sind öffentlich. Nächste am 21. Mai, 20 Uhr, in der Redaktionswohnung. Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: Eine Woche vorher.

Konto: 6652-49-242102 Sparkasse der Stadt Berlin; BfG, M.Kolbe, 2624780300, BLZ 100 101 11

"Die Abwicklung einer Einrichtung setzt ihre Auflösung voraus. Das entspricht rechtlichem Sprachgebrauch. Danach bedeutet Abwicklung so viel wie ordnungsgemäße Beendigung. [...] So kann etwa eine Überleitung auf einen anderen Hoheitsträger nicht als Auflösung verstanden werden, wenn die Einrichtung tatsächlich erhalten bleibt."

Aus dem Urteil des BverfG zur Warteschleife vom 24.4.1991 (Abschnitt Gründe C III, Punkt 3 c))

Erklärung des Studentenrates zum Urteil des BverfG

(Auszüge)

Das Urteil des BverfG zur Warteschleife bestätigt die Haltlosigkeit der Position des Berliner Senats zur Abwicklung von fünf Fachbereichen der HUB. [...] Aus dieser neuen Situation ergibt sich die Konsequenz, daß der Senat seine Politik gegenüber der Universität grundlegend verändert, die demokratisch gebildeten Selbstverwaltungsgremien der HUB akzeptiert und mit ihnen in der Entscheidungsfindung zusammenarbeitet [...]. Dies heißt vor allem, daß der Senat das Urteil als Ende seiner konfrontativen Politik begreift und diese nicht über andere unlautere Mittel fortzusetzen versucht. Als notwendige Voraussetzung sehen wir die umgehende, bislang durch den Senat ständig hinausgezögerte Konstituierung des Kuratoriums der HU an.

[...] Außerdem sehen wir in Verbindung mit dem in Kürze zu verabschiedenden "Hochschulergänzungsgesetz" eine angemessene Mitsprache der Gremien der Universität in allen Personalfragen und die Respektierung der Ergebnisse der Personal-Struktur-Kommissionen als unverzichtbar an.

29.4.1991

Reißt der Abwicklung der Faden?

Verfassungsgerichtsurteil bringt neue Lage / Senator Erhardt tut unbeeindruckt / Oberverwaltungsgericht läßt sich Zeit / Senat legt haarsträubenden Entwurf für Hochschulergänzungsgesetz vor

Damit hatten die vor allem Herren um Oberabwickler Erhardt wohl nicht mehr gerechnet: daß ihnen ausgerechnet das Bundesverfassungsgericht in ihrem edlen und gerechten Kampf gegen ideologische Unterwanderung und wissenschaftliches Mittelmaß an den Ost-Hochschulen Steine in den Weg rollen würde. Doch obwohl mit dem Karlsruher Urteil zur Warteschleife für Tausende Betroffene in der XDDR die letzten Messen gesungen waren, brachte es in den seit Monaten

gelesen zu haben und beharrte auf der Rechtmäßigkeit seiner Politik. Zudem müsse man das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Berlin abwarten, vor dem z. Z. die Klage der Uni gegen den Senat in zweiter Instanz anhängig ist.

Geulen drängte daraufhin das Gericht zur Eile - was dieses wiederum offenbar wenig beeindruckte. Der zuständige Mann ist im Urlaub, einen Verhandlungstermin gibt es noch nicht, und auch auf eine ungefähre Frist wollte man sich gegen-

(bis auf die fünf problematischen Fachbereiche) endlich überführt worden war, der sieht sich nun eines Besseren belehrt. Jetzt nämlich werden die endgültigen Bedingungen aus dem Sack gelassen, nach deren Erfüllung die HU vielleicht irgendwann einmal in den Schoß der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung aufgenommen wird. Und diese Konditionen sind nicht ohne, ja sie erinnern - mit Verlaub gesagt - ein bißchen an den Versailler Friedensvertrag...



Reißt dem Protest der Faden?

Foto: Fisahn

andauernden Streit um die Abwicklung der Humboldt-Uni wieder Bewegung. Die Abwicklung sei nämlich nur dort rechtens, so die obersten Richter, wo die betreffende Einrichtung tatsächlich aufgelöst wurde [siehe Dokumentation im Kasten!].

Erhardt bleibt (Er)hart

Kurz darauf forderte der Rechtsanwalt der Uni, Reiner Geulen, den Wissenschaftssenat öffentlich auf, die Abwicklung angesichts der neuen, deutlichen Rechtslage sofort zu beenden. Senator Erhardt hingegen schien das Urteil noch nicht richtig

über UnAUF nicht festlegen. Unabhängig davon, so meinen verschiedene juristische Experten, bestünde schon jetzt die Möglichkeit für von der Abwicklung Betroffene, sich individuell wieder in die Uni einzuklagen.

Doch damit die Uni gar nicht erst auf dumme Gedanken kommt, haben die Mannen von der Bredtschneiderstraße in trauter Zusammenarbeit mit der CDU ein sogenanntes "Hochschulergänzungsgesetz" im Entwurf ausgebrütet, das sich sehen lassen kann: wer nämlich geglaubt hat, daß mit dem Senatsbeschuß vom Dezember die Uni als Ganzes

Alle Macht den West-Profis

Da wird also eine Landeshochschulstrukturkommission (LHSK) eingesetzt, die hauptsächlich aus auswärtigen Professoren besteht (die der Senator natürlich handverliert) und weitreichende Kompetenzen bei der völligen Neu- bzw. Umstrukturierung der Berliner Wissenschaftslandschaft, insbesondere jedoch der Ost-Berliner, erhält. Da wird das noch gar nicht gebildete Kuratorium der Humboldt-Uni von vornherein zum Teckkränzchen degradiert, indem ihm wesentliche Kompetenzen

Reißt der Abwicklung der Faden? (Fortsetzung)

zen entzogen und einer "Personalkommission" genannten Reinkarnation der derzeitigen Sechserkommission übertragen werden.

Da werden die völlig undemokratisch zusammengesetzten Gremien der Uni endlich dem BerlHG angepaßt, d.h.: gemütliche Professorenrunde mit ein, zwei Alibi-Studenten. Doch da man den Ost-Profis auch nicht trauen kann, werden sie erst einmal gründlich entmündigt [vgl. Dokumentation, § 11]. Sie werden nämlich nur noch für voll genommen, wenn sie nach westlichem Prinzip berufen wurden (Punkt 1, was auf keinen zutrifft), wenn der Senator sie mag (Punkt 2) und in die SBK (s. u.) beruft oder wenn sie übernommen wurden (Punkt 3), was, Zitat Erhardt, "wir vor der Sommerpause nicht mehr schaffen". Doch - zu jeder Peitsche gibt's ein Zuckerbrot - wenn sie sich benehmen, "dürfen" sie bei der Neuausschreibung ihrer Stellen sogar "berücksichtigt werden".

Die - wiederum vom Senator und der LHSK eingesetzten - Struktur- und Berufungskommissionen (SBK) der Fachbereiche werden faktisch zu Alleinherrschern erklärt. Und diese SBK, die nach dem Vorbild der derzeit abgewickelten Fachbereiche überall gebildet werden sollen, sollen schließlich quasi die gesamte Uni abwickeln [vgl. § 12].

Fällt die SPD um?

Der Gesetzentwurf ist bereits vor einiger Zeit vom Senat bestätigt worden und liegt jetzt beim zuständigen Ausschuß im Abgeordnetenhaus. Von dort ist zwar zu vernehmen, daß sowohl SPD als auch FDP sich eher mit der schon vorher erarbeiteten Gesetzesvorlage der Grünen/AL anfreunden könnten. Ob die SPD, deren Senatoren ja dem CDU-Entwurf schon zugestimmt haben müssen, die noch frische Koalition deswegen auf's Spiel setzen will, ist jedoch mehr als fraglich. Am Ende wird sie wohl wieder mal kuscheln - womit der Traum von einer selbstbestimmten Erneuerung der Humboldt-Uni und einer Bewahrung ihrer noch jungen demokratischen Prinzipien endgültig ausgeträumt wäre. Es lebe die Ordinarien-Universität! Es lebe Oberkonservator Erhardt!

MALER

Kostproben aus dem Senatsentwurf zum Hochschulergänzungsgesetz

§ 1 Die Kunsthochschule Weißensee wird zum 30. September 1991 aufgehoben. Ihr Verwaltungsvermögen wird auf die Hochschule der Künste Berlin übertragen.

§ 3 Die Ausbildung für die Lehramter in den Fächern Bildende Kunst und Musik findet ausschließlich an der HdK statt.

§ 5 Bei dem zuständigen Mitglied des Senats wird eine **Landeshochschulstrukturkommission (LHSK)** gebildet. Sie berät den Senat bei der Planung des Berliner Hochschulbereichs, insbesondere bei der Erneuerung der HUB, HfM, HfSK. Sie schlägt die auswärtigen Mitglieder der Struktur- und Berufungskommissionen (SBK) der Fachbereiche vor und nimmt Stellung zu den Auswahlvorschlägen der Hochschule für die übrigen Mitglieder der SBK sowie zu deren Berufungsvorschlägen.

Der LHSK gehören mehrheitlich Professoren auswärtiger Hochschulen sowie aus Berlin an.

§ 6 Oberste Dienstbehörde [...] der Humboldt-Universität ist die **Personalkommission** [entspricht der derzeitigen Sechserkommission - d.red.]

§ 9 Das Kuratorium der HU ist nicht für Personalangelegenheiten zuständig [sondern eben diese Personalkommission - d.red.].

Für die **Zusammensetzung des Akademischen Senats, des Konzils und der Fachbereichsräte** gelten die Vorschriften des BerlHG.

§ 11 Bei Entscheidungen [o.g. Gremien - d.red.], die gemäß BerlHG außer der Mehrheit des Gremiums auch der Mehrheit der dem Gremium angehörenden Professoren bedürfen, werden nur

die Stimmen derjenigen **Professoren** gezählt, die 1. in das Professorenamt unter Zugrundelegung der Voraussetzungen der §§ 100 und 101 BerlHG berufen oder

2. vom zuständigen Senator mit der Wahrnehmung einer Professur beauftragt oder

3. nach den Vorschriften des Gesetzes gemäß § 75 a Hochschulrahmengesetz übernommen worden sind.

§ 12 An den o.g. Hochschulen werden zur Vorbereitung von Entscheidungen über die Neustrukturierung von Forschung und Lehre sowie von Berufungsvorschlägen und Habilitationsentscheidungen in den Fachbereichen **Struktur- und Berufungskommissionen (SBK)** gebildet.

Einer SBK gehören an: 3 Professoren von Hochschulen außerhalb des Beitrittsgebiets; drei Professoren oder Dozenten der betreffenden Hochschule, die den Anforderungen des § 11 entsprechen; je ein Mitglied der Gruppen der akademischen Mitarbeiter und der Studenten.

Die von den SBK vorbereiteten Vorschläge werden vom Fachbereichsrat beschlossen. Solange die Mehrheit der dem Gremium angehörenden Hochschullehrer noch nicht den Anforderungen des § 11 entspricht, **beschließt die SBK selbst.**

§ 13 Abweichend von § 101 Abs. 5 BerlHG dürfen bei Berufungen auf Professorenstellen in den o. g. Hochschulen in angemessenem Umfang entsprechend der Ausschreibung und den geforderten Qualifikationen auch Bewerber **berücksichtigt werden**, die in der betreffenden Hochschule tätig sind. *Kürzungen und Hervorhebungen von uns - d.red.*



Njuks

Galgenfrist für Forscher? (UnAUF) Nach wie vor gibt es keine Entscheidung zur Zukunft der Forschungsstudenten

innen und AspirantInnen (wir berichteten in No. 23). Das Problem wurde nicht, wie ursprünglich geplant, im Zusammenhang mit dem Berliner Nachtragshaushalt behandelt, sondern ging zurück an die Wissenschaftsverwaltung. Näheres war bei Red-schluß nicht bekannt.

Die ReferatsleiterInnen des StudentInnenrates der HU sind ab sofort folgendermaßen zu erreichen (jeweils Hauptgebäude, Raum 3107, Tel. 2093 2603 / 2604):

Soziales/Kultur (Dominique Krössin)

Mo/Mi 11-13 Uhr

Hochschulpolitik (Sven Vollrath)

Mi 9-12 Uhr

Hochschulpolitik (Susan Arndt)

Mi 12-13, Di 16-17 Uhr

Soziales/Wohnen (Michael Binioszek)

Do 10-13 Uhr

Minderheiten- und Randgruppenbetreuung

(Michael Waschke) Di 10-13 Uhr

Finanzen (Joachim Bielert) Di 14-16 Uhr

Gekündigte Barmherzigkeit

Nichts Menschliches ist uns fremd, und daß besondere Situationen außergewöhnliche Maßnahmen erfordern, ist eine Platitüde, mit der man keinen Artikel beginnen sollte.

Was da so an Fragebögen durch unser gebeuteltes Land geistert und wieviel an persönlichen Schicksalen von der Tinte abhängt, mit der sie ausgefüllt werden, läßt selbst den gelehrten DDR-Bürger erschauern.

Den Personalfragebogen - jenen, den zur Übernahme in den öffentlichen Dienst auszufüllen, bürokratische Bedingung ist - gibt es auch an der Charité mittlerweile schon, auch wenn der Senat immer noch nicht recht weiß, ob der Dienst am kranken Menschen auch im Osten ein öffentlicher ist. Daß die Ausgabe

dem einen oder anderen hilfreich geübten Schleichweg aus dem MfS und später MdI ans Haus kamen. Von dem Flugblatt, das unter etwas mysteriösen Umständen im Zusammenhang mit der Ausgabe der Bö-

bearbeiterin der Verwaltung die im Laufe der Tätigkeit für die Sicherheit des verblichenen Vaterlandes angesammelten Dienstjahre auf eine Prämienzahlung für langjährige Mitarbeit im Gesundheitswesen

Daß bei dem ganzen Kündigungsverfahren das vorläufige Kuratorium der Uni (also der Sechserat) nichtmal gefragt wurde, ist ein empfindlicher Schlag unter die Gürtellinie der Uni-Autonomie. Da aber das

Land Berlin noch immer kein Personalübernahmegesetz für den öffentlichen Dienst verabschiedet hat

„Wir raten den Leuten, sich selbst zu wehren.“

gen an die letztgenannte Gruppe über die Poststelle der Charité die Runde machte (siehe auch UnAUF Nr. 23) soll noch ausführlich die Rede sein.

Das Rumpeldipumpel um die Entlassung von 63 Mitarbeitern der Charité zieht ja magisch an, und darum auch von uns ein Wort. 83 neue Leute mit lichtscheuer Vergangenheit bekam das Krankenhaus der Barmherzigkeit Anfang '90 hinzu. Dieser Neuerwerb sorgte am fieber-

umlegen wollte, als Treueprämie gewissermaßen, und die Sache rauskam. Nun hatte man plötzlich eine genaue Liste über jene, die sich da unter die Herde gemischt hatten. Die Fragebogenüberprüfung ließen danach dann gleich 10 der Neuen sausen und gingen freiwillig aus dem Rennen.

Gegen 62 der übrigen ist nun durch den Senat die Kündigung ausgesprochen worden. Dazu kommt noch ein Hochschullehrer, dessen

und Einstellungsbestimmungen in unserer föderativen Republik Landesrecht sind, ist rechtlich wohl wenig zu machen. Erst mit einem solchen Gesetz ist damit zu rechnen, daß Personalangelegenheiten wieder in die Uni-Hoheit übergehen. Sieht man sich den Abstimmungswillen des Senats mit Universitätsgremien aber in dieser Angelegenheit an, darf die Humboldt-Universität sich in Zukunft wohl auf einiges gefaßt machen.

Auch wenn es in dem Zusammenhang pietätlos sein mag, thematisch zumindestens paßt die „Initiative für die volle Gewährung der verfassungsmäßigen Grundrechte und gegen Berufsverbote“ hier genau her - und damit wären wir beim o.g. Flugblatt. Wir wollten genauer wissen, wer da so fallbezogen seine Programmatik in Flugzettelform plazierte und besuchten die Initiative im alten ZK-Gebäude, Oberwasserstr.12. Es ist Abend, kein Hilfesuchender da. Ein Mitarbeiter der Ini ist nach kurzem Hallo zum Schwatz mit uns bereit.

Wir erfahren, daß die Initiative, die nicht als eingetragener Verein arbeitet, weil das vieles erleichtert in ihrem kitzligen Gewerbe, schon seit August '90 existiert. Initiator war der Staßfurter Kreistierarzt Dr. Rolf Funda, dessen Rausschmiß damals durch die Presse rauschte. Unser Gesprächspartner selbst ist ehemaliger VP-Meister. Die Modalitäten einer Personalfragebogenüberprüfung sind ihm bestens bekannt, nur daß die Bögen der Polizei ungleich voluminöser seien. Seine Reaktion auf die demütigende Prozedur und die permanente Aufforderung zur Denunziation von Kollegen, so erzählt er, war, seine Arbeit als Kraftfahrer in Uniform in eine solche ohne zu vertauschen

Er weiß allerdings, daß den



Foto: Kracheel

solcher Bögen damit im rechtsfreien Raum torkelt, sei nur am Rande erwähnt.

Bis jetzt hat die Klinikleitung drei Zielgruppen mit besagtem Schriftstück bedient: die Direktorate, die Hochschullehrer und jüngst auch die Mitarbeiter des Krankenhauses, die über die Wendezeit auf

geschüttelten Haus unter der alteingesessenen Belegschaft für erhebliche Unruhe und war Quell wachsenden Ärgernisses. War es doch manchem Neuling gelungen, aus dem Stand etliche Hierarchieebenen zu überspringen (in der Medizin unverzeihlich).

Die Bombe platzte, als eine Sach-

Fragebogen offensichtlich auch eine sicherheitsinterne Nebenbeschäftigung verriet. Kapitel 19 Absatz III EV¹⁾ gibt den Kündigungsgrund ab (Mitgliedschaft im MfS sowie ihm angeschlossener Organisationen), und wie zu erfahren war, hat der Personalrat der Charité dem Ganzen seinen Segen gegeben.

Gekündigte Barmherzigkeit ... (Fortsetzung von S. 5)

meisten der Leute, die seine Initiative anlaufen, so eine Alternative nicht offensteht. Was für Leute das sind, wollen wir wissen. "Im Prinzip sind die meisten ehemalige SED-Mitglieder in kleineren Funktionen - Parteigruppenorganisatoren usw. Das reicht in vielen Fällen für den öffentlichen Dienst aus." Natürlich seien auch viele MfS-Angehörige darunter, aber auch hier eher kleine Fische, Angestellte und Mitarbeiter im Apparat. "Wer hier hergeht, kommt meistens wirklich erst, wenn er nicht mehr weiß, was er machen soll."

Typisch sei die große Rechtsunkenntnis. Wir können uns ein Lächeln nicht verkneifen, denn daß die großen Fische da keinerlei Probleme haben, ist ja bekannt. Die meisten Fälle, die der Initiative bekannt sind, liegen natürlich im öffentlichen Dienst.

Angefangen habe die Arbeit, wie vieles in der DDR, in der Hauptstadt. "Wir haben aber schnell gemerkt, das geht nicht von Berlin aus...und dann versucht zu unterstützen, daß sich solche Initiativen in den anderen Ländern bilden. Wir sind hier kein Leitzentrum."

Die Hilfe, die sie anbieten können, sei begrenzt. Rechtsberatungen dürfe die Initiative nicht durchführen, aber Tips geben sei ja nicht verboten, sagt unser Gesprächspartner augenzwinkernd. Und das beinhaltet Hinweise auf geeignete Rechtsanwälte, das Verhalten gegenüber dem Arbeitgeber, etliches Seelenstreicheln und eben das Angebot, mit dem Fall in die Öffentlichkeit zu gehen. "Wir versuchen dann bei größeren Gruppen von Betroffenen - meist sind es ja größere Gruppen - Selbsthilfegruppen zu organisieren." Die gebe es u.a. schon bei der EWAG und der Post Marzahn.

Wesentlich sei, daß "... die Leute ... mit rechtsstaatlichen Mitteln vorgehen" wollen. Das Thema Ausgrenzung ehemaliger MfS-Leute sei ja nicht ohne Brisanz. "Wir verlangen deshalb eine Einzelfallüberprüfung. Hat sich jemand schuldig gemacht, soll er bestraft werden. Ich kann nicht jemanden, nur weil er für's MfS gearbeitet hat, pauschal ins Abseits drängen, zumal er ja nirgendwo mehr Arbeit findet, brauchen wir uns doch nichts vorzumachen... Schauen wir uns die Erfahrungen der BRD mit der Au-

ßerparlamentarischen Opposition in den 70ern an. Es waren vielleicht 100.000 Leute beim MfS. Wenn nur jeder zehnte solche Gedanken hegt, dann haben wir 10.000 Leute, die erstens mit dem Rücken an der Wand stehen und nicht weiter wissen, zweitens exzellent ausgebildet sind, und drittens ist es heute von der Pistole bis zum Sprengstoff kein Problem mehr, sich entsprechende Mittel zu besorgen." Man grenze deshalb keine MfS-Leute aus und rate zu Rechtsanwalt und Klage.

Kontakte habe die Initiative zu ihrem westdeutschen Vorläufer "Weg mit den Berufsverboten", allerdings sehe er da einige Unterschiede in der Arbeit. "Es gab in der Alt-BRD einen ganz konkreten Beschluß der Regierung, wer nicht im öffentlichen Dienst tätig sein darf - den Radikalenerlaß. Den gibt es ja bei uns noch nicht. Da waren es in der Regel - auch wenn es um etwa 100.000 Fälle in den letzten 20 Jahren geht - im wesentlichen doch Einzelfälle. Während es bei uns ja nun massenweise mit einem Schlag auftritt."

Ansonsten, unser Gesprächspartner lächelt, arbeite man mit der PDS recht gut zusammen, habe aber auch Kontakte zum Arbeitslosenverband, kirchlichen Gruppen, der ÖTV und GEW. Er bedauert, daß die Bürgerbewegungen zu ihnen eher auf Distanz gehen, kann es aber verstehen.

Angesprochen auf das Flugblatt und die Charité wehrt er wortreich ab. Sowas sei nicht ihr Stil und es gehe ihnen nicht gut genug, sich auf solche verbotenen Aktionen einzulassen. Wir lassen's dabei. Daß die Seile in der Charité gut gespannt sind, wissen wir doch, und vielleicht hat's einer der Genossen auch nur gutgemeint.

Beim Rausgehen fallen uns Geschenkpakete auf. Die seien eine Solidaritätssendung der französischen Gewerkschaft CFT für die Kinder der von Berufsverbot Betroffenen. Wir denken an ein paar der völlig verrückten Beispiele, die er uns erzählt hat, und grinsen nicht.

Sollte Kündigung das Einzige sein, was hierzulande den Verantwortlichen zum Thema Vergangenheitsbewältigung einfällt, ist es wohl etwas mager geraten - oder?

R.Barmen

"Liebe Deine Feinde, es könnte ihrem Ruf schaden." Lec



Wohngeld für Studenten

In UnAUF 23 berichteten wir über eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes, wonach Studenten ohne BAFöG Wohngeld gewährt werden kann. Diese Mitteilung vom AstA Hannover erwies sich nach unseren Recherchen bei der zuständigen Senatsverwaltung nur als bedingt richtig. Entsprechend der Entscheidung 8C6590 des Bundesverwaltungsgerichtes können Studenten nur dann Wohngeld beantragen, wenn ihnen die Ausbildungsförderung aus leistungsrelevanten Gründen verwehrt wird. Diese Gründe werden in Artikel 48 des BAFöG aufgeführt.

§48

(1) Vom fünften Fachsemester an wird Ausbildungsförderung für den Besuch [...] einer Hochschule nur von dem Zeitpunkt an geleistet, in dem der Auszubildende vorgelegt hat:

1. ein Zeugnis über bestandene Zwischenprüfungen, die nach dem Ausbildungsbestimmungszeiten erst vom Ende des dritten Fachsemesters an abgeschlossen werden kann und vordem Ende des vierten Fachsemesters abgeschlossen worden ist, oder

2. eine nach Beginn des vierten Fachsemesters ausgestellte Bescheinigung der Ausbildungsstätte darüber, daß er die bei geordnetem Verlauf seiner Ausbildung bis zum Ende des jeweils erreichten Fachsemesters üblichen Leistungen erbracht hat.



Karikatur: Lorient

Wenn die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen eine Zwischenprüfung oder einen entsprechenden Leistungsnachweis bereits vor Beginn des dritten Fachsemesters verbindlich vorschreiben, wird abweichend von Satz 1 für das dritte und vierte Fachsemester Ausbildungsförderung nur geleistet, wenn die entsprechenden Nachweise vorgelegt werden. Die Nachweise gelten als zum Ende des vorhergehenden Semesters vorgelegt, wenn sie innerhalb der ersten vier Monate des folgenden Semesters vorgelegt werden und sich aus ihnen ergibt, daß die darin ausgewiesenen Leistungen bereits im vorhergehenden Semester erbracht worden sind.

(2) Liegen Tatsachen vor, die voraussichtlich eine spätere Überschreitung der Förderungshöchstdauer nach §15 Abs. 3 rechtfertigen, kann das Amt für Ausbildungsförderung die Vorlage der Bescheinigung zu einem entsprechenden späteren Zeitpunkt zulassen. [...]

Hier schon einmal die notwendigen Formalitäten für den nur (!) einseitigen Wohngeldantrag. Benötigt werden eine Einkommensbescheinigung, der Mietvertrag (auch Untermietvertrag) und die Quittungen für die Mietzahlungen der letzten drei Monate.

Die meisten bisherigen Wohngeldanträge von Nichtstudenten waren von Mißerfolg gekrönt. Erstens, weil im Moment noch die westdeutsche 25%-Hürde existiert (die Richtlinien für die beschlossenen Ost-10% sind noch nicht durch). Zum anderen sind die Mieten noch zu niedrig, als daß sie relevant wären. Aber das wird sich ja im Oktober einschneidend ändern.

Mehr über BAFöG, Wohngeld und soziale Beihilfen in unseren nächsten Ausgaben.

hf

Njuks Goldfink
(UnAUF).
Alle Stellen des Studentenrates werden durch Uni finanziert, teilte Rektor Fink auf einer Pressekonferenz mit.

Keine Zeit für Kinder

Zur ungewissen Zukunft der Uni-Kindertagesstätten

Die Uni-Kindergärten in der Habersaathstraße und in der Reinhardtstraße haben sich bei Rektor und Kanzler schon im Januar gemeldet. Bis heute gibt es noch immer keine Entscheidung zu ihrem Erhalt. Beim Berliner Senat wurde dafür nicht einmal Geld beantragt.

Der aus Westberlin importierte Kanzler scheint seine Erfahrungen streng geheim zu behandeln. Er mußte wissen, daß der Wissenschaftsrat der Zehnaltenländer festgestellt hat: Studenten brauchen eine Uni-Kita. Die FU hat eine Studenten-Kita, die Kliniken "Steglitz" und "Rudolf Virchow" je eine eigene. Diese Uni-Einrichtungen können im Gegensatz zu kommunalen Kitas so lange Öffnungszeiten anbieten, daß Schwestern im 2-Schichtdienst keine Probleme haben. Die Kliniken kämpfen damit gegen den Pflegenotstand, der auch an der Charité herrscht. Für Studenten mit Spätvorlesungen ist dieser Service ideal.

Zumindest in der Habersaathstraße könnte die (noch) bestehende Uni-Krippe in diesem Sinne weiter-

geführt werden. Das Objekt gehört der Uni und sein Zustand ist gut. Die beiden Einrichtungen in der Reinhardtstraße werden mit Sicherheit aufgelöst. Die Hygiene erteilte Auflagen, die zu erfüllen ca. 2 Millionen kosten würde, und keiner weiß, wem das Haus überhaupt gehört.

Auf dem Dienstweg - Herr Zabke (Leiter Abt. Erholungswesen) -> Herr Trautmann (Verwaltungsdirektor) -> Herr Schwarz (Kanzler) - wurde bis auf Aufträge für Gutachten und eine Bedarfsermittlung nichts erreicht. Die Zeit drängt, ohne ein klares Wort gibt es ab 1. Juli keine Uni-Kita mehr. Deshalb gehen die Eltern jetzt selbst zum Kanzler. Viel Erfolg!

Wer sein Kind gern in einer Uni-Kita unterbringen würde, sollte sich jetzt bei der Abt. Erholungswesen melden. Hoher Bedarf ist ein gutes Argument.

Über die düsteren Aussichten des Kinderladens an der Uni (hoffentlich) in der nächsten Nummer.

BN

Abt. Erholungswesen
Johannisstraße 10

tel.: 282 49 77 / 280 51 72 App.45

Rekordbrecher

Bemerkenswerterweise hat die Personalstrukturkommission des Fachbereiches Sozialwissenschaften schon 4 Monate nach ihrer Wahl die Arbeit aufgenommen. Auf einen so schnellen Beginn ihrer Tätigkeit hatte ich gar nicht zu hoffen gewagt. Es ist auch sehr erfreulich und verdient hier extra hervorgehoben zu werden, daß man sich nicht mit der empfohlenen Arbeitsweise begnügt, sondern nach neuen, besseren Wegen suchte und sie auch fand. Überprüft wird nach einem demokratischen Zufallsprinzip - nämlich jede(r) der/die es wünscht, oder wenn konkrete Anschuldigungen von Dritten glaubhaft vorgebracht werden können. Auch wird dabei nicht nur nach dem Anhörungsbogen der ZPSK vorgegangen, sondern es werden sicher gut durchdachte, ausgewählte Fragen daraus behandelt. Weitgehend kann auf die Hilfe der sowieso nicht kompetenten West-PSK-Mitglieder verzichtet werden. Soviel also zum Verfahren. Jetzt zu den ersten praktischen Erfolgen:

Gleich der erste Kandidat, der sich übrigens freiwillig gemeldet hatte, konnte die PSK geläutert mit dem Prädikat "unbedenklich" verlassen. Es war niemand anderes, als der frühere Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, Herr Professor Klein. Ich gehe davon aus, daß die PSK seine fachlichen Leistungen bei der Erziehung, allseitig gebildeter sozialistischer Studentpersönlichkeiten und seine revolutionäre Rolle innerhalb der Universität und insbesondere in der Universitätsparteileitung, sowie als enger Vertrauter des ehemaligen Rektors Hass voll gewürdigt hat. In den nächsten Tagen und Wochen ist mit einer steigenden Anzahl von Anträgen für die Ausstellung von Persilscheinen durch diese Kommission zu rechnen.

Ausblick: Diese PSK wird ihren Beitrag zur Selbsterneuerung der Humboldt-Universität leisten.

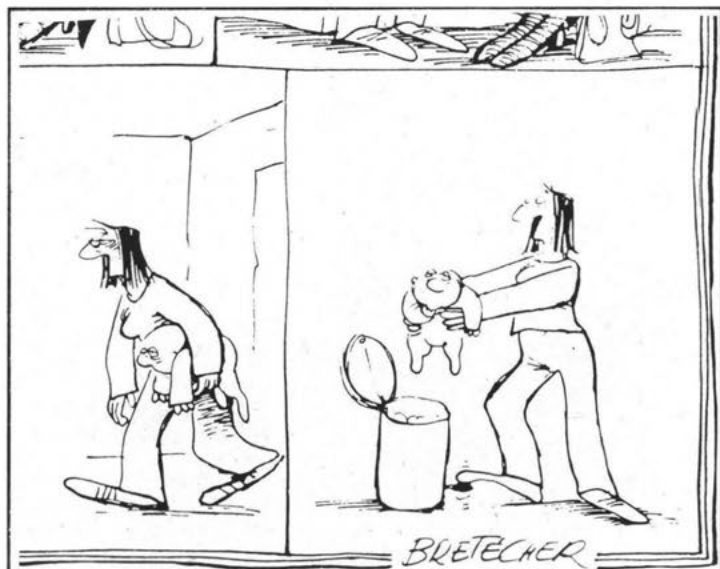
Christina Asse

Projektutorien

Wie wir in unserer letzten Ausgabe berichteten, hat der Akademische Senat 30 Stellen für sogenannte Projektutorien vorgesehen. Diese Projekte sollen sich um Themen kümmern, die an der Uni noch nicht behandelt wurden. Grundvoraussetzungen sind Interdisziplinarität. Uta Schorlemmer, die Projekt-Mutter des StudentInnenrates dazu: "Es soll die alte, aber noch weitverbreitete Schulmeisterform an der Humboldt aufgebrochen werden. Studenten sollen zeigen, daß sie auch ohne die Bemutterung der Profs in der Lage sind, eine ganze Menge auf die Beine zu stellen. Wir streben dabei an, die Beziehung zwischen Studenten und Lehrkörper auf ein partnerschaftliches Niveau zu heben, und nicht mehr die vorherrschende Beziehung zwischen den allwissenden Profs - die sie ja gar nicht sind - und den kleinen, dummen Studenten."

Die Projektutorien können von einer Videozeitung (wie an der TU praktiziert) über besonders aktuelle Gebiete der Demokratieforschung bis hin zu einer Analyse der Kommunikation von Randgruppen, die ein Student schon im Auge hat, reichen. Beantragen kann man so ein Projektutorium bei der Zentralen Projektutorien-Kommission, die vom Akademischen Senat zum Redaktionsschluß leider noch nicht wurde. Dort muß der Bewerber dann ein detailliertes Konzept über seine Forschungs- bzw. Arbeitsweise inklusive Kostenvoranschlag (also Geld für Bücher, Fahrkosten oder um Leute einzuladen) vorlegen. Abgesehen von den kalkulierten Umkosten erhält so ein Projektutor 80 bezahlte Stunden, und das bei ca. 15 DM/Stunde. Bei entsprechenden Umfang eines Projekts können dafür auch mehr als eine Stelle vergeben werden. Nähere Auskünfte dazu bei Uta Schorlemmer im Studentenratszimmer 2016 HG.

hf



Comic: Claire Bretchér

ANZEIGE

Russisch in LENINGRAD

2-12 wöchige Sprachkurse an der Universität Leningrad
ab DM 1.420,-
incl. Flug ab Berlin, Unterbringung bei Gastfamilien,
1/2 Pension, Kulturprogramm



ПЕРЕЛИНГВА
PERELINGUA

Handjerystr. 75
W-1000 Berlin 41
Tel.: 851 80 01
618 96 50

Suchen:

Das 10seitige Papier von
Prof. M. Brie (s. UnAUF 22)
Bürgerkomitee 15. Januar - AG
Universitäten, Haus der Demokratie

dedicated to A.

*Ich werde nie um Deine Liebe bitten,
ich fordre sie, mein Recht und Deine Pflicht.
Obwohl ich fast den Tod um Dich gelitten,*

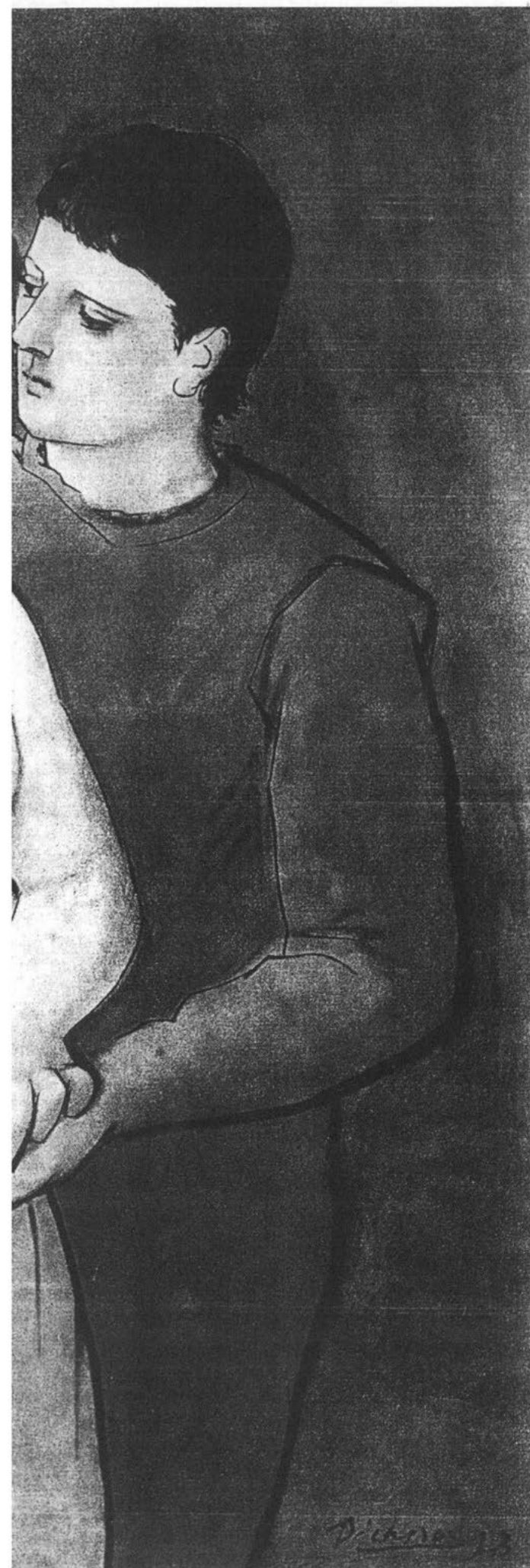
*weiß ich, Du liebst mich und Du weißt es nicht.
Du glaubst noch zu entinnen aus den Ketten,
die Dir mein Sehnen um die Seele flicht.*

*Doch meine Arme warten Dich zu betten,
und meine Augen suchen Dein Gesicht.
Kein Gott wird Dich vor meiner Liebe retten,*

*wenn sie in Flammen auf Dich niederbricht.
Du aber tritt nun endlich aus dem Schatten
und wandle diese dunkle Glut in Licht,*

dann will ich dienend Deiner Kraft ermatten.





*Den Frühling, Liebster, kann ich noch ertragen,
wenn die Erwartung wachsend alle Saiten
der Seele spannt, nicht um sie anzuschlagen,*

*nur um sie für die Stunde zu bereiten,
da Deiner Hände werbende Gebärden
sich aus den überfüllten Dunkelheiten*

*die Klänge in die Helle heben werden.
Doch wenn des Sommers erste Atemzüge
mir diese klare Einsamkeit gefährden*

*und ich mich tief in manche müde Lüge
zu hüllen suche, um zu widerstehen,
daß mein Gefühl sich einem andern füge...*

dann mußt Du kommen, soll ich nicht vergehen.



"Ich therapiere niemanden zwangsweise. . ."

Auf Forderung der Studenten des Fachbereiches Sozialtherapie wurde im Januar eine Kommission eingesetzt, die Gespräche mit der MfS-Mitarbeit verdächtigten Studenten führte. Die Stasi-Leute, die sich zu ihrer Vergangenheit bekannten, wurden deshalb exmatrikuliert. Die exmatrikulierten Studenten klagten dagegen und bekamen am 18. April vor dem Berliner Verwaltungsgericht recht mit der Begründung, daß niemand durch seine Vergangenheit in beruflicher Hinsicht benachteiligt werden darf.

Das Hauptargument für die Exmatrikulation waren die zukünftigen sozialtherapeutischen Aufgaben, für die Stasi-Leute nicht die richtigen wären.

Der Interviewpartner will anonym bleiben.

UnAUF: Verstehen Sie eigentlich warum Sie exmatrikuliert wurden?

Ich verstehe natürlich, daß dort gewisse Vorbehalte da sind, weil die Konzentration ja ursprünglich auch mal relativ hoch war. Allerdings verstehe ich es deshalb nicht, weil erstens hab ich in meinen Unterlagen damals angegeben wo ich herkomme, was ich gemacht habe und zweitens hat es keine Einzelfallüberprüfung gegeben. Ich z. B. persönlich hab beim Personenschutz gearbeitet und hab Sprengstoffsuchhunde ausgebildet, ich kann also mit absoluter Sicherheit sagen, keinem Menschen geschadet zu haben.

Obwohl ich natürlich die Vorbehalte gegenüber unserem Ministerium verstehe, aber dann könnte man auch Vorbehalte gegen NVA-Offiziere haben oder bei M/L-Lehrern oder was weiß ich.

UnAUF: Ein gewisser Unterschied ist da ja schon.

Ja, ich will ihn ja nicht ableugnen. Aber meines Erachtens kann man da nur eine Einzelfallüberprüfung machen.

UnAUF: Sie wurden doch alle vom Arbeitsamt an die Uni vermittelt?

Ja, also ich bin im Februar 90 arbeitslos geworden, habe mich dann natürlich beim Arbeitsamt informiert, was für Umschulungsmöglichkeiten es gibt, ich hätte beim Personenschutz vielleicht sogar übernommen werden können, es sind ja welche übernommen worden, daran hatte ich aber kein Interesse, wieder an irgendwelche bewaffneten Organe zu gehen oder in irgendwelche Sicherheitsfirmen.

Aus diesem Grund hab ich mich also für eine Umschulung interessiert, habe dann die Umschulungen durchgesehen beim Arbeitsamt, damals waren noch sehr wenige arbeitslos, und die arbeitslos waren, waren auch die, die die Betriebe loswerden wollten, und die haben sich nicht so stark gekümmert. Deshalb war ich so ziemlich der Einzige, hatte entsprechend Zeit und bin dann auf dieses Studium gestoßen und das wollte ich schon immer machen. Also ich war nie sehr glücklich mit meinem Kriminalistik-Studium, aber das konnte man sich bei uns ja nicht so sehr aussuchen. Und ich wußte auch von diesem Studium her, was der Prof. Werner für eine Richtung vorher vertreten hatte und ich sagte mir: "Jawoll, das ist was Du machen willst."

Ich hab mich dann beworben und bin genommen worden.

UnAUF: Zu dieser Zeit haben sich also noch recht wenige beworben?

Zu diesem Zeitpunkt wohl ja, es wurde immer von vielen Interessenten geredet, aber es gibt da sehr widersprüchliche Angaben. Zu dem Zeitpunkt, an dem ich das abgegeben hab beim Arbeitsamt Mitte waren da drei Interessenten. Aber ich weiß nicht, wie viele sich noch später beworben haben.

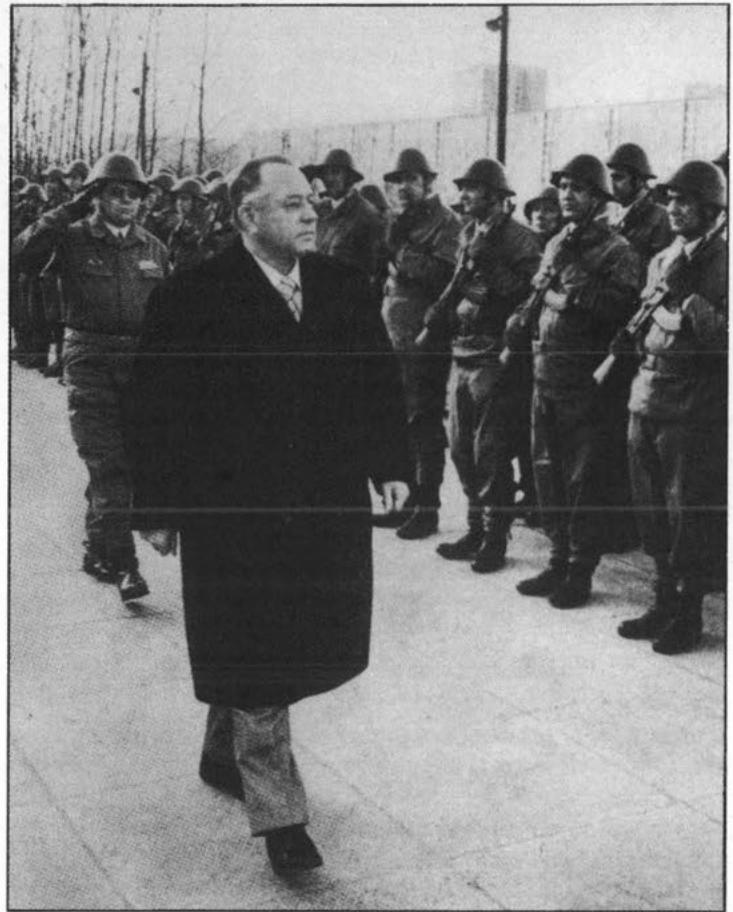
UnAUF: Nun ist die Arbeitslosigkeit allgemein sehr hoch und die Wartezeiten auf Umschulungsmaßnahmen recht lang.

Sie müssen bedenken, das war 1990 und Schluß war Mai oder Juni 1990, da war die Arbeitslosigkeit noch nicht so hoch und es hat hauptsächlich Leute aus unserem Ministerium getroffen. Jedenfalls war diese Maßnahmen war ja die Voraussetzung ein Diplom.

UnAUF: Hältst Du es grundsätzlich für eine gute Idee, daß ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums gerade in die Sozialtherapie gehen?

Sie müssen bedenken, das war 1990 und Schluß war Mai oder Juni 1990, da war die Arbeitslosigkeit noch nicht so hoch und es hat hauptsächlich Leute aus unserem Ministerium getroffen. Jedenfalls war diese Maßnahmen war ja die Voraussetzung ein Diplom.

UnAUF: Hältst Du es grundsätzlich für eine gute Idee, daß ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums gerade in die Sozialtherapie gehen?



Er liebt(e) uns doch alle.

Ohne Qualifikation finde ich keine vernünftige Arbeit. Der Rektor hat ja mal vertreten: "Ja dann gehen Sie doch erst mal drei Jahre in einem pflegerischen Beruf arbeiten." Aber ohne Qualifikation bekomme ich ja da keinen Job mehr.

UnAUF: Aber es herrscht doch ein totaler Pflegenotstand, daß es doch sicher möglich ist, da unterzukommen.

Nein, nicht mehr in qualifizierteren Arbeiten.

lifizierteren Arbeiten.

UnAUF: Als normaler Pfleger.

Ja aber selbst Krankenschwestern oder -pfleger. . . Es gibt zwar einen großen Notstand, aber eingestellt wird doch keiner.

UnAUF: Die Stasi hat mit finsternen Mitteln gearbeitet und auch Menschen psychisch kaputt gemacht.

Das streite ich ja nicht ab, aber hab ich das gemacht? An der Grenze wurden Leute erschossen,

ANZEIGE

P. Schober
akadem. Buchhandlung
Gegründet 1897

Inhaber: Michael Motikat

Chausseestraße 122
Berlin-Mitte, O-1040

Telefon
2823873

also, bitteschön, nehm ich keinen von der Grenze mehr. Die Polizei hat geknuppelt, also nehm ich auch keinen von der Polizei mehr. Ich muß doch sehen, was der einzelne gemacht hat.

UNAUF: Diese Überprüfung würde doch sicher dem Datenschutz widersprechen. Wären Sie denn mit einer Überprüfung einverstanden?

■: Natürlich, wir haben das ja damals vorgeschlagen und das wurde abgelehnt. Es wurde diese Kommission gegründet, in der nur eruiert wurde, ob man beim Ministerium war oder nicht, und wer beim Ministerium war, flog raus. Zumal diese Überprüfung auch eine Farce war, weil der Prof. Zschunke, der Prorektor, von vornherein gesagt hatte, daß wir keine Chance haben. Das war auch kein vertrauliches Gespräch, wie man uns das gesagt hatte, sondern der Herr Bremser hat sich ja dann im Kurier sehr offen geäußert, was da gesprochen wurde. Obwohl uns Vertraulichkeit zugesichert war und wir selber keine Aufzeichnungen machen durften.

Und ich wollte schon immer in das soziale Gebiet, ich interessiere mich dafür, und wenn man da Engagement zeigt, ist das auch möglich. Ich werde es natürlich nicht an meine Tür schreiben, aber außerdem ist es ja so: ein Klient, mit dem ich nicht klar komme, mit dem kann ich als Sozialtherapeut sowieso nicht arbeiten. Und wenn ein Klient sagt: "Nu hörnse mal zu, Sie warn beim MfS. Sie sind für mich indiskutabel,"

dann hat sich das erledigt. Ich dräng mich ja nicht auf. Es ist ja nicht mehr wie früher, daß man zwangsweise jemanden therapiert. Und auch wenn ich nicht mit ihm will oder kann, was ja auch möglich ist, dann

der aus den Bürgerbewegungen kommt. Das ist ja auch möglich. Die Spannweite in unserer Gesellschaft ist ja breit, es gab ja nun nicht nur welche, die in den Gefängnissen der Staatssicherheit gegessen hät-

was mit Menschen machen möchte. Außerdem wäre das doch auch gar nicht so einfach möglich, müßte ja vom Arbeitsamt getragen werden. **UNAUF:** In Leipzig wurde in einem ähnlichen Fall den Leuten diese Chance eröffnet.

■: Eine solche Chance wurde uns ja gar nicht geboten. Uns wurde gesagt: "Dann studierse was anderes direkt!" Das ist illusorisch. Ich müßte dann fünf Jahre studieren, ich wäre dann 35. Und dann bekäme ich kein Bafög mehr.

UNAUF: Wenn Sie die Möglichkeit geboten bekommen, würden Sie zu einem naturwissenschaftlichen Fach wechseln?

■: Es sind uns keine Angebote gemacht worden, ich könnte es mir nicht vorstellen. Ich hab ja keine direkte naturwissenschaftliche Ausbildung bekommen, ist es denn in zwei Jahren möglich jemanden auf ein naturwissenschaftliches Fach umzustufen?

UNAUF: Ist es möglich auf Sozialtherapie?

Ex-Stasi: Ich denke schon, gewisse Sachen haben wir in unserem Studium schon gehabt, Kriminalistik war ja nun sehr vielfältig angelegt und hatte auch mit Psychologie viel zu tun, Sie müßten diese Frage ganz anderen Leuten stellen, die z. B. aus anderen Sparten kommen, die auch diesen Brief geschrieben haben und die Gartenbau studiert haben. Aber das ist ein Problem jeder Umschulung, ob es möglich ist, das in der Kürze der Zeit auch vollwertig zu schaffen. □



Hat nur Sprengstoffsuchhunde ausgebildet: ■

Foto: R. Zöllner

findet das auch nicht statt. Ich kann ja auch an Leute kommen, das sind zwar nicht die Masse, aus unserem Ministerium, von der Armee oder aus irgendwelchen Parteiapparaten, die sicher gegen uns keine Vorbehalte haben, die vielleicht eher Vorbehalte hätten gegen jemanden,

ten. Sicher haben viele gelitten und hatten Angst vor unserem Ministerium.

UNAUF: Wären Sie bereit, auf ein anderes Gebiet, z. B. naturwissenschaftliches Gebiet zu wechseln?

■: Ich hab mir das doch deshalb ausgesucht, weil ich gerne

Frauen gegen Männer ?

Dunkle, menschenleere Straße, schwarze Fenster, spärliches Laternenlicht ...und plötzlich Schritte im Rücken...

Welche Frau kennt sie nicht, diese Situation voller Angst und Unsicherheit in der Nacht auf dem Nachhauseweg, wenn es gilt, sich im Falle eines Falles auf die eigene Kraft zu verlassen. Daß nicht alle Männer, die nachts angetroffen werden harmlos sind, beweist die in letzter Zeit beängstigend angestiegene Zahl der versuchten und vollendeten Vergewaltigungen auf der Straße. Die Erwartung eines vor Angst gelähmten Opfers erleichtern es oftmals dem potentiellen Täter, sein

Vorhaben auszuführen.

Wollen Frauen eine Chance haben, müssen sie die typischen Rollenklischees (Täter - Opfer) durchbrechen und sich körperlich zu wehren wissen.

Um die Zuversicht eines Vergewaltigers zu durchkreuzen, ist es aber vor allem nötig, die hemmende Angst zu überwinden.

Die in den vielfach angebotenen Selbstverteidigungskursen eingeübten Griffe vermitteln zwar der Frau ein wenig Selbstvertrauen, können aber im Ernstfall nur wirksam sein, wenn sie oft trainiert und furchtlos eingesetzt werden. Aber gerade Letzteres ist durch das alleinige



Ob's hilft ... (s. S.16)

Foto: Prusowski

Einstudieren von Karateübungen nur schwer zu erreichen.

Deshalb sind ein paar Leute auf die Idee gekommen, das Üben von

IQ - Impertinenter Quark oder was?

Neues (altes) Berliner Hochschulmagazin hofft auf 30.000 LeserInnen

Viele werden UNISONO seligen Angedenkens wohl nicht vermißt haben; schließlich war es letztlich nur eins von ...zig bunten Hochglanzheften, die so täglich in den Fluren der Uni herumliegen. Und wer guckt da schon noch hin. Das Ausbleiben erbitterter Leseranrufe nach dem Ausbleiben der nächsten Nummer wurmt schließlich einige der halbwegs wohlbehalten aus dem redaktionellen Crash hervorgegangenen MacherInnen des Blattes - und sie versprochen einen Phönix, der dann natürlich viel, viel besser als sein in die Ewigen Abgründe eingegangener Vorgänger sein würde.

Unlängst fielen mir nun in einer Ecke der Mensa mehrere permanent ignorierte Stapel bunten Papiers in die Augen. Und da UnAUF-RedakteurInnen im Gegensatz zu ihren "normalen" KommilitonInnen an einem krankhaft übersteigerten Interesse für Gedrucktes leiden,

Frauen gegen Männer ?

(Fortsetzung)

Abwehrtechniken mit psychologischem Verhaltenstraining zu verbinden. In diesen angebotenen Kursen werden entsprechende Situationen durchgespielt, Methoden zur Angstüberwindung und Reaktionsmöglichkeiten vermittelt. Weiterhin werden einfach einsetzbare und schnell zu lernende Abwehrtechniken geübt (und manches auch an kampfssportfernen Trainern ausprobiert...)

Ein Kurs läuft über 6 Wochen und findet einmal wöchentlich 4 Stunden statt. StudentInnen müssen dafür 80 DM berappen. u.i.

Wer seiner Kraft und seinem Selbstbewußtsein bisher nicht zutraut, Vergewaltiger in die Flucht zu treiben, dem sei folgende Kontaktadresse empfohlen:

Bernhard Welle, Marienburger Straße 12, 1055 Berlin, Tel.: 436 65 53

schlich ich mich an. In einem unbeobachteten Moment griff ich zu - und wußte sofort, als ich es bzw. mich von der mindestens doppelt so schweren Werbeeinlage befreit hatte: der besagte Phönix.

"IQ" heißt der Neugeborene, und zwei Embryos zieren auch beziehungsreich den Titel - doch, um es gleich vorwegzunehmen, man muß sich schon sehr bemühen, um außer dem Titel das erwartete *Neue* auch wahrzunehmen: gleiches Format, gleiches Papier, sehr ähnliches Layout lassen vermuten, daß sich hinter den zwei Großbuchstaben auch die gleichen Leute von UNISONO verbergen. Die alten Seilschaften werden denn auch gar nicht erst geleugnet; denn obwohl im Impressum eine Menge neuer Namen auftaucht,

bemüht, um der Konkurrenz wieder Leben einzuhauchen, wie dem geübten Blick des Kenners nicht entgangen sein wird.

Doch genug der umtriebigen Vorrede; ein paar Sätze zum Inhalt. IQ will nun also das sein, was UnAUF auch mal wollte, bevor man sich auf die Grenzen der eigenen Möglichkeiten besann: "das einzige, unabhängige Hochschulmagazin für Berlin, Potsdam und Brandenburg" (Editorial). Bucht man realistischweise die beiden letzten Gegenden unter Größenwahn/Flop ab, bleibt unterm Strich dennoch zu sagen, daß IQ diesem Anspruch zumindest mit seinem ersten Heft gerecht wird.

Themen aus Ost- und Westberlin halten sich ziemlich die Waage: da

auch nicht an Service (Jobs für Studis) und Infos, wobei sich spätestens bei diesen die West-Herkunft des Blattes (wie schon in so manchem Artikel, der auch mehr mit dem West-Leser rechnet), dann doch nicht mehr verleugnen läßt (oder gibt's die Adresse der HU-Frauenbeauftragten neben denen von FU und TU nur deshalb nicht, weil sie hier unter "Gleichstellungsbeauftragte" firmiert?). Eine Krankheit, an der übrigens auch nach wie vor gewisse Stadtmagazine leiden.

Zum bestimmt ersten Mal habe ich auch einen Computer-Artikel gelesen - und sogar mit Gewinn: ich weiß nun, daß ich vielleicht doch noch 'ne Chance habe, wenn mich mal der Staatsanwalt nach der Herkunft meiner Programme fragt. Doch die Computer schlagen zurück: zumindest bei IQ mit einer gar grausigen Qualität der offensichtlich gescannten Fotos. Auch sonst scheint mir das Layout eher etwas hilflos, aber wer im Glashaus sitzt... Man muß jedenfalls schon gutwillig sein, um den einen oder anderen langen Riemen zu lesen anzufangen, wenn der Titel nichtssagend ist und keine Unterzeile wenigstens andeutet, worum es gehen könnte.

Dennoch kann man dieses Machwerk wohl auch in Zukunft etwas wohlwollender bemerken als eingangs erwähnte andere Blätter. Für die, die mitunter noch einen Blick über die eigene Uni hinaus wagen (und das sind wahrscheinlich so viele nicht, wie die 30.000er Auflage vermutet), muß sich IQ nicht mit Ignorierbarer Quatsch übersetzen. **MALER**



Abtrünniger und Rezensator

Foto: Kracheel

chen, scheinen erstere doch das Heft nach wie vor fest in der Hand zu haben.

Dennoch: das ehemals "Laute Berliner Hochschulmagazin" kommt nun nicht nur im Untertitel etwas leiser daher; es hat tatsächlich den mitunter etwas rüden Ton ab- und sich einen gediegeneren Stil zugelegt. Und das ist wohl nicht zuletzt das Verdienst einer ganz besonders alten Seilschaft - eines abtrünnigen Mitglieds der UnAUF-Redaktion nämlich, das nun bei IQ Unterschlupf und Schutz vor der gnadenlosen Verfolgung durch unsere redaktions-eigene Mafia gefunden hat und hiermit herzlich-grimmig begrüßt sein soll. Auch sonst haben einige UNAUFGEFORDERTE ihren IQ

erfährt man in einem Interview mit dem Rektor der Kunsthochschule Weißensee, wie diese über den Tisch gezogen werden soll; sauber recherchiert [UnAUF's harte Schule, wa "heß"? - säzza] ist auch der Artikel über die unglaubliche Ahnungslosigkeit derer, die die Schönefelder Fachschule für Werbung und Gestaltung abwickeln wollen; auch FU-Präsident Väh kommt ausführlich zu Wort, und - wie auch in UnAUF 22 - es geht ausführlich um Kriegsdienstverweigerung, insbesondere in ihrer totalen Variante. Wie schon bei UNISONO gibt's auch eine Kunstseite, eine Bücherecke sowie ein Musik-special, an dem sich diesmal ein UnAUF-Mann incognito vergangen hat. Es fehlt

Njuhs

TUSMA

(UnAUF) Das Märchen ist nun doch nicht in Erfüllung gegangen (s. UnAUF 23). Die studentische Arbeitsvermittlung hat die zwei nebenliegenden Räume in der Clara-Zetkin-Straße 26 nicht bekommen. Eine Bibliothek durfte sich breit machen. Die TUSMA arbeitet weiter - in aller Enge.

numerus clausus ante portas

Gefürchtet und dennoch unumgänglich: der NC, auch Numerus Clausus genannt. Am 23.4. fiel die Entscheidung im Senat: Die Plätze von 42 der insgesamt über 130 HUB-Studienfächer werden künftig nach NC-Prämissen von der Uni (ausgeschlossen!) selbst vergeben. Bei diesem hauseigenen NC wird folgendermaßen verfahren: 30 Prozent aller Plätze werden für die Vorzugelassenen reserviert. Den Rest teilen sich entsprechend der Bewerbungsquoten die Ost- und Westler. Angesichts dieser allgemeinen Aufteilungsverhältnisse erfolgt die eigentliche Einstufung. Dabei spielt zu 60 Prozent die Durchschnittszensur eine Rolle. Dieser Durchschnitt wird von der Abitureinrichtung errechnet. Für Leute, die vor der Wende ihren Abschluß gemacht haben, heißt das: zurück zur Penne, denn der Durchschnitt, scheint nicht der einfach arithmetische zu sein (wahrscheinlich, weil Fächer wie Stabü und ESP rausfallen). Zu 40 Prozent entscheidet dann noch die Wartezeit. Damit ist nichts anderes als die Zeit zwischen dem Abi und der jetzigen Studienbewerbung zu verstehen, egal, ob man sich nach dem Abi für den Studiengang erfolglos beworben hat oder gar keine Ambitionen hatte, sich zu bewerben.

Los geht der ganze Bewerbungsspaß am 1. Juni. Letzter Termin ist dann der 15. Juli. Dazu muß bei der Studienberatung ein Bewerbungsformular angefordert und im ge-

Erklärung des Studentenrates

Wenn jemand das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland anerkennt, kann er nicht die Einführung eines numerus clausus auch nur in Erwägung ziehen. Das dort zugesicherte Recht auf Bildung darf nicht über eine Hintertür wieder eingeschränkt werden. Aus diesem Grunde lehnt der Studentenrat der HUB jede Form des NC prinzipiell und kategorisch ab und muß diese Position auch bei allen regierenden und staatlichen Institutionen voraussetzen, da diese nur auf der Grundlage des Grundgesetzes arbeiten können.

Mit diesem Votum für freien Zugang zu allen Studiengängen an Hochschulen und Universitäten stimmen wir aber keineswegs dem praktizierten Prinzip der "Mas-

senuniversität" zu. Im Gegenteil: Für uns bilden freier Zugang zu den Universitäten und höchste Qualität der Ausbildung eine untrennbare Einheit, für die der Staat die notwendigen finanziellen und materiellen Voraussetzungen zu schaffen hat. Keinem fällt es heute ein, den Zugang zu Schulen im Interesse einer höheren Qualität der Ausbildung quantitativ zu limitieren - mit welchem Recht dann im Hochschulbereich?

Numerus clausus als Regulativ zur Sicherung der Qualität der Ausbildung kann nur die Ausnahme sein für die Zeit, die für den Aufbau von Ausbildungskapazitäten entsprechend dem realen Bedarf an Studienplätzen benötigt wird. Numerus clausus darf aber nicht zur Nor-

malität in einer zunehmenden Anzahl von Studiengängen werden, um angemessene Investitionen im Hochschulbereich hinauszuschieben, einzuschränken oder gar zu verhindern.

Wer den numerus clausus als legitimes Instrument betrachtet und als Regulativ benutzt, handelt bewußt verfassungswidrig!

Aus diesem Grund, können wir das Argument des mangelnden Geldes zur Finanzierung der Universitäten und Hochschulen nicht akzeptieren. Es gibt nur die Alternative, den NC in seiner jetzigen Handhabung abzuschaffen oder das Grundgesetz zu ändern.

Berlin, den 30.04.91
Studentenrat der HUB

nannten Zeitraum eingereicht werden. Anschließend erhält man im August einen Kontrollbescheid, in dem alle gespeicherten Daten für den Bewerber zur Überprüfung aufgeführt sind. Rein theoretisch müßte Ende August, Anfang September der Bescheid auftauchen, aus dem man seinen Rang erfährt. Ob das allerdings an der HUB so einfach klappen wird, ist fraglich. Noch sind die notwendigen Rechner nicht da, von der komplizierten Installation ganz zu schweigen. hf

Njuks

Mißtrauen.
(UnAUF)
Der Studentenrat stellte

am 7.5. einen Mißtrauensantrag gegen den Dekan der Charité, Prof. Harald Mau, als Mitglied der Sechser-Kommission. Der Rat begründete den Antrag damit, daß der Dekan durch wiederholte Nichtanwesenheit bei Sitzungen der Sechserkommission wichtige Entscheidungen zu Ungunsten der Universität ermöglicht hat, die bei seiner Anwesenheit niemals möglich gewesen wären.

In der Sechserkommission, die als

Vorstufe zu einem Kuratorium gilt, und für wichtige strukturelle Entscheidungen zuständig ist, wird die Humboldt-Universität mit 3 von 6 Mitgliedern vertreten. Ein Beschluß kann dort nicht gefaßt werden, wenn alle Vertreter der HU gegen ihn votieren; nur in Sonderfällen können sie überstimmt werden.

Und noch einmal Prof. Harald Mau: Er liegt - wie allen einschlägigen Nachrichtenblättern zu entnehmen war - im Hamburger Universitätskrankenhaus. Vertreten wird er derweil von Prodekan Prof. Geserick.

ANZEIGE

Mitfahrzentrale

im
U-Bhf.

ZOO

Bahnsteig Linie 1 → Schlesisches Tor

1000 Berlin 12 · täglich 8 – 21 Uhr
(auch Sonn- und Feiertage)

310331



Wie lange noch ...?

Foto: Harre

Das Gespenst der Fusion

oder

Vom Schicksal dreier theologischer Ausbildungsstätten

Obwohl die TheologInnen einzig Gott fürchten sollen, fürchten sie, abgesehen von allem anderen, seit Ende Januar auch noch das Gespenst der Fusion. Während also am Jahresanfang die StudentInnen und DozentInnen von Sprachenkonvikt (jetzt kirchliche Hochschule) und Theologische Fakultät zusammensaßen um Apfelbäume an den Rand des notgedrungen gemeinsam bevorstehenden Weges zu pflanzen, tauchte es zum zweiten Mal auf, das Gespenst der Fusion.

Die Visionen vieler Leute waren damals diese:

Die westliche KiHo* in Zehlen-

Fakultät in Berlin finanzieren und hat Mitspracherecht bei der Einsetzung der DozentInnen. Als dann unter Hitler die deutsche Kirche ihr Unwesen trieb, baute die Bekenkende Kirche ihre eigene Ausbildungsstätte in Zehlendorf. Und da waren es schon zwei.

Als die Mauer gebaut wurde, machten einige zurückbleibende DozentInnen aus der Zehlendorfer Außenstelle namens Sprachenkonvikt im Ostteil Berlins eine eigenständige kirchliche Ausbildungsstätte und da waren es schon drei.

Lange vor dem Abriß der Mauer wurde der westdeutschen Kirche die

erst einmal nur um den Austausch von StudentInnen, doch vielmehr träumten sie Zehlendorf von einem Wiederauswachsen.

Vielleicht kannte man in der Borsigstraße (Sprachenkonvikt) nicht die Probleme der westlichen Schwester, jedenfalls wurde den StudentInnen verboten, nach Zehlendorf zu gehen. Jede bangte auf ihre Weise um ihre Existenz. Nun, es hätte der einen und hat der anderen wenig genutzt. Eine KiHo Ost gibt es nicht mehr und eine KiHo West wird es auch bald nicht mehr geben. Streit und Mißverständnis zwischen beiden waren völlig bedeutungslos, denn

Um nicht zu viele MitarbeiterInnen und DozentInnen herauswerfen zu müssen, hat man sich eine künftige utopische StudentInnenzahl von 2000 ausgedacht. Die Theologische Fakultät hat jetzt 200 und Zehlendorf höchstens 800. Geplant sind für 5 Hauptfächer jeweils 4 Professuren. Gegründet soll die große Berliner Fakultät spätestens schon zum Sommersemester 1992 werden, nach dem bekannten Motto: erst zusammenschließen, dann zusammenwachsen. Ein gemeinsames Gebäude wird es vielleicht in fünf Jahren geben, aber das ist anscheinend egal.

Und zum Schluß noch ein Wort zur realen Wirklichkeit: Nach der Fusion von Sprachenkonvikt und Fakultät hat sich im Alltag nicht viel geändert. Unser neuer Dekan ist zwar von seinem alten Bereich Borsigstraße in die Burgstraße gezogen, aber nach wie vor hören eigentlich die SprachenkonviktlerInnen im Sprachenkonvikt und die FakultätlerInnen in der Burgstraße. Wie soll es denn nach der zweiten Fusion anders sein, wo der Weg nach Zehlendorf 15mal weiter ist?

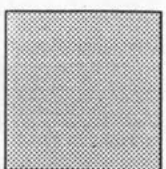
Wir sollten uns heutzutage nicht mehr vor Gespenstern fürchten.

simon

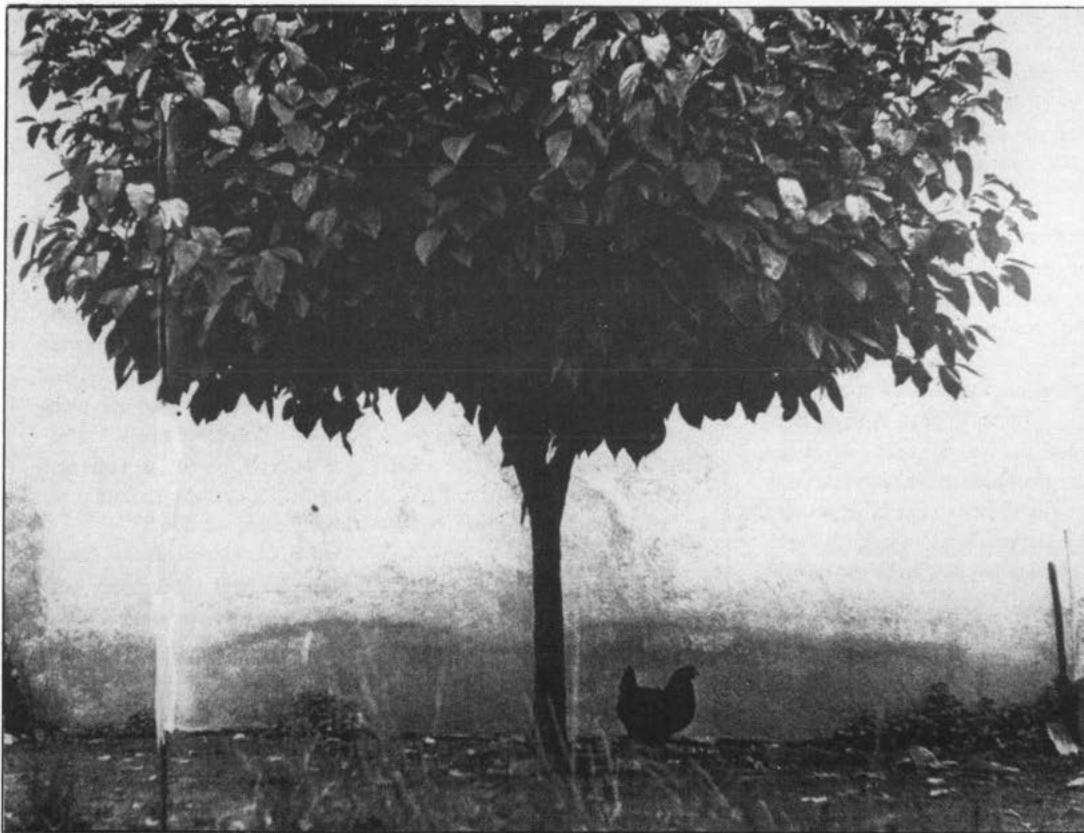
▼ Zum Mitsingen:



Raum für Notizen



* KiHo = Kirchliche Hochschule



Theologie in einem -dorf nördlich von Teltow

Foto: Edouard Boubat

dorf schluckt die frischgeschaffene Verbindung von Theologischer Fakultät und Sprachenkonvikt und wird einzige Ausbildungsstätte in ganz Berlin. Das hieße: Theologie nur noch in einem -dorf nördlich von Teltow.

Nun, um diese schreckliche Vision gänzlich zu zerstören, werfen wir einen Blick in die Geschichte: 1931 wurde der preußische Staatsvertrag unterzeichnet und seitdem muß der Staat eine Theologische

einst so bedeutende KiHo Zehlendorf zur Last. Sie sagte: Seht zu, daß ihr euch an die FU anschließt. Doch die FU, die übrigens eine eigene theologische Lehramtsausbildung hat, wollte nicht.

Nach dem Fall der Mauer wurde die Kirche etwas direkter: Schließt euch irgendwie jetzt an, denn bald gibt es kein Geld mehr! Neben den Verhandlungen mit der FU nahmen die Zehlendorfer nun Kontakt mit ihrer alten Außenstelle auf. Es ging

schon lange vor der kleinen Fusion von Sprachenkonvikt und Theologischer Fakultät seit Mauerfall setzten sich die LenkerInnen der kirchlichen Hochschulgeschichte, Senat und Kirche zusammen und planen seitdem an einer großen Berliner Theologischen Fakultät gemäß Staatsvertrag von 1931.

Da Zehlendorf und Theologische Fakultät nicht viel dabei zu sagen haben, wünschen sie lediglich, daß der neue Standort Berlin-Mitte sei.

Einmal Miethai sein ...

Es ist schon komisch: die Zeiten, als Gemeinschaft großgeschrieben wurde, sind noch gar nicht allzu lange her - und jetzt führen uns die Wessis mit ihren Waschcentern, Mitfahr- und Mitwohnenzentralen vor, daß an den Ulbricht'schen Ideen doch etwas dran war? Oder steckt dahinter doch bloß wieder purer Kommerz mit dem netten Anstrich von Umweltschutz und Anti-Vergeudung? Jedenfalls ist der Gedanke, seine Wohnung, statt ungenutzt leerstehen zu lassen, weiterzuvermieten, recht einleuchtend. Der umgekehrte Fall: wer würde sich nicht über eine zeitweilige, schnelle und individuelle Bleibe freuen, wenn Urlaub, Arbeit, Studium ihn/sie in die fremde Stadt führen?

Die ganze Sache sieht nach einer klassischen Symbiose aus - in Wahrheit liegt der Reibach doch ziemlich auf der einen Seite. Um es vorwegzunehmen: über die Möglichkeiten des zimmer-/wohnung-suchenden Ost-Studenten zu schreiben erübrigt sich fast, angesichts der schier unerschwinglichen Mietgebote. Wer doch eine der 13 (ausfindig gemachten) Mitwohnenzentralen aufsucht, um eine Bleibe zu bekommen, muß sich mit Zimmerangeboten ab 200 DM aufwärts anfreunden. Wohnungen unter 400 DM sind ebenso Mangelware.

Die Konditionen der Mitwohnenzentralen - die also die Rolle des Vermittlers spielen - sind prinzipiell die gleichen. Es werden Provisionen (Vermittlungsgebühren) zwischen 2 und 10% der Jahreskaltmiete (gestaffelt nach Nutzungsdauer) bzw. für Gästezimmer bis 1 Monat 10% der Endsumme berechnet. Diese Obergrenzen sind gesetzlich festgelegt. Beispiel einer möblierten Wohnung mit 400 DM Kaltmiete pro Monat, 3 Monate Mietzeit: Jahreskaltmiete: 400 DM x 12 = 4800 DM

1% davon:
48 DM
2% pro Monat, 3 Monate: 48 DM x 2 x 3 = 288 DM
+ 14%
MwSt: + 40,32 DM
= 328,32 DM

Das heißt also, pro Monat nochmal über 100 DM auf die ohnehin reichliche Miete draufzulegen. Wie gesagt - nichts für arme Studis. Andersherum sieht die Sache weit angenehmer aus, wenn nämlich der

glückliche Wohnungsbesitzer in die Rolle des Miethais schlüpft. Da die Nachfrage, zumindest bei Wohnungen, das Angebot übersteigt, braucht man/frau sich keine Sorge zu machen, die eigenen vier Wände



Haus

Foto: Helko

während der Semesterferien gewinnbringend loszuwerden. Wer anständig ist, bietet seine Bude für vielleicht 100 DM an - das 7- bis 8-fache des normalen Ostmietpreises ist aber gang und gäbe! Eine Weitervermietung bis zu 6 Wochen ist relativ problemlos, aber auch darüber hinaus dürfte die Wohnungsbaugesellschaft Untermietverträge nicht blockieren. Also ein lukratives Geschäft! Zudem werden die

Verträge nach Auswahl des Anbieters abgeschlossen - man kann sich also mal so richtig austoben. Wer allerdings meint, Ausländer von vornherein auszuschließen, stößt bei den Mitwohnenzentralen nicht unbedingt auf Gegenliebe.

Angebracht ist in jedem Fall eine Hausratsversicherung, eine andere Absicherung gibt es nicht. Als Kunde ist eine persönliche Haftpflichtversicherung ratsam.

Seit Anfang letzten Jahres existieren nun auch Mitwohnenzentralen im Ostteil der Stadt, die aber auch im Westen vermitteln. Alle 3 Agenturen liegen recht eng beieinander im Prenzelberg. Ansonsten braucht man nur die U7 abzuklappern. Hier eine Liste:

- *Q-3-A Wohnagentur Prenzlauer Allee 17, Tel.: 4371515
- *Mitwohnenagentur Streicher, Immanuelkirchstr. 11, Tel.: 4374172/4392494
- *3 x Freiraum, Marienburger Str. 47, Tel.: 4365447
- *Mainzer Str. 4 (Neukölln), Tel.: 6211012
- *Wiener Str. 14, Tel.: 6182008
- *Mitwohnenzentrale Kurfürstendamm 227, Tel.: 883051
- *Zeitraum, Horstweg 7, Tel.: 3256181
- *Mitwohnenzentrale Mehringdamm 72, Tel.: 7862004/7862270
- *Erste Mitwohnenzentrale, Sybelstr. 53, Tel.: 3243031
- *1. MWZ für Schwule und Lesben, Zwiester Str. 7, Tel.: 6852540
- *Agentur Wohnwitz, Holsteinische Str. 55, Tel.: 8618222/8618242
- *Mitwohnen-Agentur Mundial, Solmsstr. 35, Tel.: 6941150/6941190
- *Wohnagentur last minute, Yorckstr. 72

rk

GEFORDERT

Die Anzeigenspalte

Biete **Studienplatz** **Suche** **Studienplatz**
Humanmedizin, 3. Semester, Humanmedizin, 3. Semester,
an der Uni Leipzig für 91/92 an der HUB für 91/92
(Gernoth Remlich, Rüdigerstr. 106, 1130 Berlin)

Fachschaftsinitiative Medizin der Fu Berlin

"DER WERT des MENSCHEN - MEDIZIN in DEUTSCHLAND 1918 - 45"

Ausstellung vom 21.5. bis 2.6. 1991*, im Institut für Physiologie Dahlem, Amimallee 23

In VORTRÄGEN, DISKUSSIONEN, FÜHRUNGEN und FILMEN gehen Studenten den Mechanismen nach, die z.B. Menschenversuche in Auschwitz möglich gemacht haben. Schwerpunkt bilden ärztliche Biographien in der Weimarer Republik, der Zusammenhang von beruflicher und persönlicher Sozialisation und den gesellschaftlichen * Rahmenbedingungen. Die Erkenntnis dieser Wechselwirkungen ermöglicht, heutige medizin-ethische Fragestellungen zu bewerten. * Genaue Termine der Veranstaltungen siehe Aushang!

ANZEIGE

Viele sind zu unkritisch für eine Zeitung wie diese.

Wer Konsum zum Nonplusultra seines Daseins gemacht hat, braucht nicht weiterzulesen. Wer das Aussterben von Lebensarten als „unverzichtbares Opfer“ auf dem Trampelpfad zur Zivilisation ansieht, wird diese Zeitung nicht verstehen.

Die FRANKFURTER RUNDSCHAU ist vorausschauend und vertritt mit Vehemenz ökologische und soziale Belange. Sie kennt keine Tabus und Rücksichtnahmen, wenn es um den Schutz lebenswichtiger Interessen geht. Sie ist die Zeitung für Menschen, die kritisch genug sind, sich mit den Fragen dieser Zeit engagiert auseinanderzusetzen. Und doch zählt sie zu den großen meinungsbildenden Tageszeitungen Deutschlands. Vielleicht gerade deswegen.

Gutschein für eine kostenlose Probeflieferung

Ich möchte die FRANKFURTER RUNDSCHAU einen Monat kostenlos und unverbindlich kennenlernen. Im Anschluß an die Probeflieferung wünsche ich:

- ☐ Postbezug im gesamten Bundesgebiet monatlich DM 34,00
- ☐ Studierende, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende im gesamten Bundesgebiet monatlich DM 24,00
(Bitte entsprechenden Nachweis beifügen)
- ☐ vorerst keine Weiterlieferung
- Ich studiere ☐ bin Wehrpflichtiger ☐ bin Zivildienstleistender ☐
(Zutreffendes bitte im ☐ mit einem x versehen!)

Name, Vorname

Straße und Hausnummer

Wohnort und Zustellpostamt

(Datum)

(Unterschrift)

Wir möchten Sie gut bedienen, deshalb bitten wir um vollständige und deutliche Eintragungen.

Richten Sie Ihre Probeanforderung an die Vertriebsabteilung der FRANKFURTER RUNDSCHAU, Postfach 10 06 60, W-6000 Frankfurt am Main 1.

Diesen Abschnitt bitte nur ausfüllen, wenn Sie Weiterlieferung im Abonnement wünschen.

Diese Bestellung kann ich ohne Angabe von Gründen innerhalb einer Woche nach Erhalt der Auftragsbestätigung bei der Druck- und Verlagsgesellschaft Frankfurt am Main GmbH, Verlag der FRANKFURTER RUNDSCHAU, Große Eschenheimer Straße 16-18, 6000 Frankfurt am Main 1, schriftlich widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Poststempel).

Sitz der Gesellschaft: Frankfurt am Main. Registergericht: AG Frankfurt am Main, Handelsregistereintrag: HRB 7139. Geschäftsführer: Dr. Horst Engel (Vorsitzender), Franz Nabholz, Rudolf Kohlmeier, Artur Wagner. FR 1/91

Datum

Unterschrift

Frankfurter Rundschau
Unabhängige Tageszeitung

Oh, CARP also, dachte ich, als ich mit **verblüffender Naivität** an die Planung meines kommenden Wochenendes ging. CARP, sagte mir ein Freund, wäre eine religiöse Gruppe, die dieses Wochenende ein internationales Treffen organisiert. Mit einiger Cleverness hätte mir einfallen können, daß mit einer religiösen Gruppe, die nichts mit der "Kirche" zu tun hat, nur noch eine Sekte gemeint sein kann. Er wollte unbedingt hinfahren, seine Englischkenntnisse anwenden und sein Wissen über die Bibel auffrischen. Ihm war gesagt worden, daß mindestens 60% der Teilnehmer aus dem Ausland kämen. Das versprach ein interessantes Erlebnis und ich bekundete sogleich Bereitschaft, ihn zu begleiten. Es kostete einen Telefonanruf, und ich konnte mitfahren.

Zuerst mußten wir zum Ausgangspunkt der Reise gelangen, zu einem angenehmen Haus in WB. Freundlich wurden wir dort empfangen, und da noch etwas Zeit war, mit einem Video verwöhnt. Es war bei Sport- und Musikveranstaltungen gedreht worden und vermittelte ein großes Gemeinschaftsgefühl, Spaß, gemeinsames Beten und Predigten, die uns in Erstaunen versetzten. Eine dieser Predigten war besonders eindrucksvoll, denn ein ziemlich junger Asiat sprach mit ungeheurer Intensität von Gott und erreichte dann die Schärfe eines Strafgerichtes gegen Ungläubige. Der Film zeigte Ausschnitte von der 7^{ten} CARP-Convention in Paris im Oktober 1990. Jetzt vermuteten wir schon Größeres hinter dem Namen CARP, denn wir hatten zu verklebte Augen und Ohren, um zu begreifen, daß der junge Priester der von allen verehrte Kopf der Organisation war und gleichzeitig ein Sohn des Gründers der Organisation CARP, Reverend Moon. Endlich wurden wir von der Convention erlöst und es ging zu viert los per Auto via Frankfurt nach Neumühle. Wir waren ehrlich erstaunt, als wir feststellten, daß sich Neumühle weitab von jeglicher Zivilisation befindet und zudem wir vier - eine Schweizerin, ein Koreaner und wir beiden Nichtnahenden - ein volles Fünftel der Teilnehmerzahl darstellten. Im Verlauf des Abends fiel meinem pfiffigen Kommilitonen denn auf, daß in allen Räumen Photos hingen, auf denen Leute posierten, die sich mit vielen Kindern umgaben. Die Antwort auf unsere Frage nach diesen Personen war: "Reverend Moon and family". (KASTEN)

Augenblicklich standen wir unter Schock und es stiegen Frösche in unsere Kehlen und machten diese unbrauchbar. Bei dem Wort "Moon" fiel uns endlich ein, was wir je über die Moonies gehört und gelesen hatten, wie z.B. daß man bei Eintritt der Organisation einer "Gehirnwäsche" unterzogen wird; was immer das auch bedeuten mag, wir wollten es nicht. Gelesen hatten wir, daß man veran-

laßt wird, Freunde und Familie einfach als Vergangenheit an und seine Zukunft bei CARP zu sehen, womit das Überschreiben des eigenen Vermögens an die Organisation zusammenhängt. Daraus folgt also, daß die Moonies, genauer ihre Gründer steinreich sein müssen. Wir waren verwirrt, wußten nicht, wo die Grenze des Kontakts mit den Teilnehmern hier zu sein hatte. Am nächsten Morgen hatten wir uns wieder gefaßt und die innere Mauer aufgebaut, die wir brauchten, um kühlen Kopf zu bewahren. Tatsächlich waren alle Teilnehmer

biblische Geschichte behandelt, in der Figuren vorkamen, die um die 300 bis 600 Jahre alt wurden und auch alle anderen Zahlenangaben waren großzügig geschätzt. Weiter wurde völlig ignoriert, daß Max Planck nebenbei ein großer Physiker war. Denn die Beugung von Quanten an einem Kristall wurde damit begründet, daß Gott diesen Quanten einen Willen gab. Man folgerte, daß Gott alle Vorgänge und Prozesse steuert. Ein Unterschied zur christlichen Lehre wurde uns genannt; die Moonies erwarten keinen Messias, sondern sie sagen, daß



interessant, bis auf drei Frauen, die ebenso unbeleckt waren wie wir. Von den 20 Besuchern kam die Hälfte aus dem Ausland, etwa aus Holland, Spanien, Amerika, Schweiz, Korea und Japan. Bei allen diesen Leuten fanden wir Interesse, ein gewisses Vermögen, uns zuzuhören, Neugier, musische Begabung, Unvoreingenommenheit, Diskussionslust, breites Wissen und Intelligenz vor, was uns doch stark beeindruckte. So wurden wir mit dem Programm für das Wochenende bekannt gemacht. Es beinhaltete drei Seminare, Spatziergänge und einen gemütlichen Abend. Das erste Seminar erschütterte mich, obwohl ich einiges hätte erwarten sollen. Zu Beginn wurden international bekannte und immer gern gehörte Songs gesungen, die alle im Gesangsbuch von CARP verzeichnet waren, wie "Let it be", "We shall overcome" und "Alt wie ein Baum". Auf das Singen folgte ein Gebet. Während alle andächtig die Hände gefaltet und die Augen geschlossen hielten, saßen wir überflüssig dazwischen und drehten Däumchen.

Die Seminare. Es wurde die gesamte

der Mensch selbst gut ist und viel verändern kann. Der Seminarleiter und ich fanden reichlich Streitpunkte, wobei er immer Fassung bewahrte, sich gut herausredete oder mich in die Enge trieb. Allerdings war es wirklich interessant, als einige Prinzipien des Zusammenlebens von Menschen erläutert wurden, nach denen sich meiner Meinung nach die Menschen auch richten könnten: ohne an Gott zu glauben. Und diese Leute hier lebten uns diese Prinzipien vor. Sie "liebten" ihren Nächsten wie einen Freund, was den Umgang mit allen einfach und angenehm machte.

Ich glaube, ich habe das Wesentliche, was zu unserer Verwirrtheit noch entscheidend beitrug, noch nicht genug betont. In dieser Gruppe befanden wir uns wie bei guten alten Freunden, hatten das Gefühl, daß sich Gesprächspartner in das hineinversetzen wollten, was man äußerte. Man war weniger kritisiert für Dinge, die nicht richtig waren, als geschätzt für kleine Leistungen, derer man fähig ist. Andererseits mußten wir uns ständig vor Augen halten, daß alle hier sich und ihr Leben nach den "göttlichen" Prinzipien eingerichtet hatten, daß sie Mitglieder der Moon-Sekte sind und wir nicht wußten, ab wann man uns als integriert ansah.

Der gemeinsame Abend wurde auch sehr schön, alle saßen im Kreis und jeder sollte singen oder eines anderen musikalischen Beitrags fähig sein. Keiner schämte sich vor einem anderen und niemand machte sich lustig über falsche Töne oder scheußlichen Gesang. Am Ende des Abends wurde wieder gebetet und wir fanden uns abermals sehr lächerlich. Die folgenden Tage nach dem Wochenende war ich selbst noch ziemlich verstört und im Zweifel. Der Abschied von all diesen Leuten, denen ich wirklich zugetan war, wurde zwar leicht, aber ich spielte beim Abschied ja auch noch mit dem Gedanken vielleicht doch noch manchmal Abende bei CARP zu verbringen. Hier habe ich dann meine Grenze gefunden. Ich ging nie wieder zu CARP, doch ich brauchte drei Wochen, um mir

sicher zu sein, nicht wieder dort auftauchen zu wollen. Ich kann jetzt nur sagen, daß die Moonies sehr nett und interessant sind und kein Gift verspritzen, aber man nicht gleich in die Organisation eintreten muß, wenn man nur die Menschen nett findet. Jede Freundschaft mit Moonies ist mit gesundem Menschenverstand und reichlich Distanz zu genießen. B.K.

Der Beobachter an der Spree

[illegible]

Wissenschaftler experimentierten nicht nur mit Ratten, sie mieden sie auch. So hal inwieweichen jede Labor lange Stammbäume hatten, die sich über Generationen hinweg vererbten. Experimente konnten möglichst ausschließlich so können. Einen Tag kam ein einer der Wissenschaftler zu seinen Kollegen mit 15 Ratten. Die er selber als die "klügsten" bezeichnete, um deren Intelligenz er sich schon lange Gedanken gemacht hatte. Er teilte auf jeden Fall sorgfältig und exakt zu testen. Zu anderen Kollegen ging er mit der gleichen Anzahl Ratten und brachte ihre ebenso leichten, als er sie mit sich brachte.

Dieser Wissenschaftler trat lediglich seine Kollegen. Bewußt hatte er beiden Parteien eingeprägt, möglichst genau zu arbeiten. Die beiden Gruppen von Ratten unterschieden sich in ihrer Vererbung.

Das Testergebnis, aus dem sich dann einer der Röntgen-Effekte ableiten ließ, war befriedigend: die als „schlauere“ angekündigten Ratten hatten im Labyrinth- und anderen Intelligenztests besser abgeschnitten als die anderen. Die Wissenschaftler, darauf angesprochen, waren ratlos. Die Auswertung von Videoaufzeichnungen, die von den testenden Wissenschaftlern angefertigt wurden, ergaben, daß sie den „schlaueren“ Ratten unbewußt halfen, der Röntgen-Effekt. Bei einem Experiment bekomme ich immer das Ergebnis, das ich bekommen möchte. Dagegen kann man nichts machen und der einzige Ausweg aus diesem Teufelskreis ist, den

Außerdem möchte ich aus persönlichen Gründen jedem zur Vorsicht raten, der eine Kneipe namens "Uchis Speise-Eck" betritt. Leider ist mir die Zeit davongerannt und meine Entbüllungen über Prof. Woodward muß ich für die nächste Nummer aufschreiben, in der an dieser Stelle mein Fanal hoffentlich wieder erscheinen kann.

DAS ALLERLETZTE,

diesmal aus der Berliner Zeitung vom 2. Mai 1991

Vergewaltiger kommen oft aus dem Bekanntenkreis

3 Anzeigen von Frauen in diesem Jahr / Auch Kinder sind häufig Opfer

Die Frauen - und vor allem auch Kinder - sollten nach dem 1. Weltkrieg schon einmal vergewaltigt werden zu sein.

Sofort lieferbar

Schlafzimmer	999.-
Schlafsofa	698.-

